

nen längeren Artikel unter dem Titel "Bericht über den Zustand der literarisch-künstlerischen Praxis der letzten Jahre" an das ZK gerichtet habe. Während man über die darin geäußerten Ansichten unter normalen Umständen frei in Literatur- und Kunstkreisen hätte diskutieren können, habe man seinerzeit die literarisch-künstlerischen Ideen Hu Fengs übertriebenermaßen zu einem politischen Problem gemacht und Hu wie einen Feind behandelt, was vollkommen falsch gewesen sei. Im September 1980 sei der Schriftsteller rehabilitiert worden (RMRB, 16.1.86).

Trotz seiner offiziellen Rehabilitierung war Hu Feng nach seiner Rückkehr nach Beijing nicht mehr öffentlich in Erscheinung getreten. Dafür mögen gesundheitliche Gründe verantwortlich gewesen sein, aber dann hätte man wenigstens seine Werke veröffentlichen können. C. a. hat seinerzeit auf die unbefriedigenden Umstände der Rehabilitierung hingewiesen (1981/6, S.388-389) und dies damit erklärt, daß Hu Feng immer noch viele Gegner in der Partei und im kulturellen Establishment hatte. Aus diesem Grunde auch konnte man sich offensichtlich unmittelbar nach Hus Tod nicht entschließen, eine offizielle Trauerfeier abzuhalten. Daß diese nun nachgeholt worden ist, bedeutet vielleicht einen kleinen Trost für die Familie und die Freunde.

Bedeutungsvoller als diese Geste ist allerdings, daß inzwischen auch ein großer Teil der Werke Hu Fengs neu verlegt worden ist. Der namhafte Volksverlag für Literatur hat eine Sammlung der kritischen Schriften Hu Fengs (Hu Feng pinglun ji) in drei Bänden herausgebracht. Die Publikation enthält neun Kritiksammlungen, die Hu Feng in den Jahren zwischen 1934 und 1948 verfaßt hat. Alle diese Werke, die für die damalige fortschrittliche Literatur repräsentativ waren und einen großen Einfluß ausübten, wurden ab 1955 verboten und waren seitdem kaum mehr zugänglich. Die Neuauflage ist mit einem Nachwort versehen, das Hu Feng im April 1984, also ein Jahr vor seinem Tod, verfaßt hat. Es handelt sich dabei um einen Rückblick der achtziger Jahre auf seine Ansichten über wichtige Probleme der Literatur und Kunst in den dreißiger und vierziger Jahren. In einigen Punkten übt der Verfasser Selbstkritik, für andere gibt er Hintergrundinformationen und Erläuterungen. Seine ehemaligen Gegner bezeichnet er jetzt als Freunde. Außer dem Nachwort und einigen Ergänzungen zu seiner Schrift "Zehn Jahre Liga linksgerichteter Schriftsteller" hat Hu Feng in den letzten sechs Jahren seines Lebens, sofern es sein Ge-

sundheitszustand erlaubte, noch "Materialien zur Geschichte der neueren Literatur" (Xin wenzue shi liao) verfaßt, von denen bisher aber nur ein Artikel erschienen ist (RMRB, 27.1.86).

Es wird zu überprüfen sein, ob und wie weit die Neuauflage der literaturkritischen Schriften Hu Fengs redigiert ist. In jedem Fall aber scheint das Nachwort die "kritischen" Punkte (Individualismus, Subjektivismus, ausländische Einflüsse) aus heutiger Sicht ins rechte Licht zu rücken. Trotzdem ist dem Autor - wenn auch erst nach seinem Tode - mit dem Erscheinen dieser Sammlung ein wenig Gerechtigkeit widerfahren. Darüber hinaus ist die Veröffentlichung als Zeichen dafür zu werten, daß der heute gewährte kulturelle Freiraum es zuläßt, auch stark umstrittene Ansichten offen zur Diskussion zu stellen anstatt sie zu unterdrücken. Daß Hu Feng immer noch stark umstritten ist, beweist die Tatsache, daß man sich erst sieben Monate nach seinem Tod zu einer offiziellen Trauerfeier durchringen konnte. Ganz offensichtlich hatte es heftige interne Diskussionen darüber gegeben. -st-

*(26)

Feng Zhi mit Jakob- und Wilhelm-Grimm-Preis ausgezeichnet

Dem namhaften chinesischen Gelehrten Feng Zhi wurde kürzlich der Jakob- und Wilhelm-Grimm-Preis von der DDR verliehen. Der Preis wurde Prof. Feng in einer Feierstunde in der Beijinger Botschaft der DDR überreicht. Der 81jährige Professor ist Ehrendirektor des Instituts für ausländische Literatur der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften. In den dreißiger Jahren studierte er in Heidelberg. Nach seiner Rückkehr nach China übersetzte er viele deutsche Werke ins Chinesische und machte so deutsche Literatur in China bekannt (XNA, 20.1.86). -st-

AUSSENWIRTSCHAFT

*

*

*(27)

Rekorddefizit im Außenhandel

Mit der Drosselung seiner Konsumgüterindustrie und gezielten Maßnahmen zur Förderung der Exportindustrie will die Volksrepublik ihr 1985 auf 7,6 (1984: 1,1) Mrd. US\$ gestiegenes Außenhandelsdefizit in den Griff bekommen, das aus enorm gestiegenen Einfuhren resultierte. Bei Bekanntgabe der vorläufigen Handelszahlen am 22. Januar 1986 appellierte der Sprecher des Ministeriums für Außenwirtschaft und Außenhandel, Huang Wenjun,

gleichzeitig an die Handelspartner der Volksrepublik, ihre Märkte weiter für chinesische Produkte zu öffnen. Dabei wandte er sich vornehmlich an die Länder, mit denen China die größten Defizite hatte: Japan (4,4 Mrd. US\$ Defizit), die USA (2 Mrd.) und die Bundesrepublik Deutschland (1,6 Mrd.).

Das gesamte chinesische Handelsvolumen ist 1985 gegenüber dem Vorjahr um knapp 20% auf 59,2 Mrd. US\$ gestiegen. Während die Ausfuhren nur um 5,7% auf 25,8 Mrd. US\$ zunahmen, schnellten die Importe um knapp 32% auf 33,4 Mrd. US\$ in die Höhe. Westliche Experten in Beijing rechnen damit, daß die noch nicht veröffentlichte Zollstatistik ein noch größeres Minus ausweisen wird. In der Berechnung des Außenhandelsministeriums werden z.B. eingeführte Rohmaterialien, die für die Produktion von Exportgütern verwendet werden, auf der Importseite nicht mitberücksichtigt.

Als bemerkenswert hob der Sprecher die Ausweitung des Handels mit den osteuropäischen Staaten hervor. So stieg der fast ausgeglichene Warenaustausch mit der Sowjetunion gegenüber 1984 um 61% - die höchste einzelne Zuwachsrate - auf 1,9 Mrd. US\$. Wichtigster Handelspartner der Volksrepublik blieb Japan mit 16,4 Mrd. US\$ (+ 30%), vor Hongkong (9,6 Mrd.), der Europäischen Gemeinschaft mit 6,9 Mrd. (+ 25%) und den USA mit 6,4 Mrd. Unter den EG-Ländern lag die Bundesrepublik mit einem bilateralen Warenaustausch von 2,8 Mrd. US\$ (+ 28%) weit an der Spitze.

Während des 7. Fünfjahresplanes (1986-1990) will die Volksrepublik ihren Export verstärkt von Rohstoffen und Halbfabrikaten auf industrielle Fertigprodukte umstellen und sich neue Märkte erschließen. Auch bei den Importen soll der Schwerpunkt bei Investitionsgütern für die Exportindustrie liegen. Stark beschnitten werden soll dagegen die Einfuhr von Fahrzeugen und Haushaltselektronik, einschließlich Fertigungsanlagen beispielsweise für die Produktion von Fernsehgeräten. Bereits im November 1985 hatte die Volksrepublik eine weitgehende Einfuhrdrosselung für Personenkraftwagen für einen Zeitraum von etwa 2 Jahren verhängt.

Mit dem Hinweis, daß Chinas Modernisierung in den vergangenen 5 Jahren durch die Großimporte von Rohmaterialien und Technologie erheblich beschleunigt worden sei, schloß der Sprecher des Ministeriums wohl eine abrupte Kehrtwendung der chinesischen Einfuhrpolitik aus. Bei einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum seines

Außenhandels um 9,4% seit 1980 rückte China unter den Welthandelsnationen in diesem Zeitraum von dem 28. auf den 18. Platz vor. (Ostinformationen, 23.1.86) -lou-

*(28)

Neue Regelungen und Maßnahmen im Außenhandel vorgesehen

Angesichts des großen Außenhandelsdefizits soll - chinesischen Presseberichten zufolge - noch in diesem Jahr ein Plan wirksam werden, der eine Erhöhung der Ausfuhren und eine Drosselung nicht unbedingt notwendiger Einfuhren vorsieht. Vor diesem Hintergrund sollen u.a. Dutzende von Handelsgesellschaften in der Volksrepublik und in Hongkong geschlossen werden. Gleichzeitig beabsichtigt die Regierung, das komplizierte und von vielen Handelspartnern als "chaotisch" empfundene Import/Export-Geschäft zu ordnen, indem die unterschiedlichen Richtlinien und Bestimmungen in einem einzigen Außenhandelsgesetz zusammengefaßt werden. Die Veröffentlichung der neuen Rechtsgrundlagen wird von Beobachtern bereits für das 1. Quartal 1986 für möglich gehalten.

Wenngleich die Vorschläge zur Neuordnung des chinesischen Außenhandels bislang nicht publiziert worden sind, so wurde doch von offizieller Seite bereits angedeutet, in welche Richtung die Überlegungen gehen. Zunächst wird empfohlen, weiteren Großunternehmen Exporte ohne Einschaltung von staatlichen Handelsgesellschaften zu gestatten. Der Regierung wird auch nahegelegt, bestimmten Herstellern von Qualitätsprodukten Exportanreize zu gewähren. Dabei ist an solche Unternehmen gedacht, die bisher kein Interesse am Exportgeschäft hatten, weil sie im Inland, wo ein starker Nachfrageschub entstanden ist, mehr verdienen können.

Regierungsexperten erwägen des weiteren, Außenhandelsgesellschaften Beteiligungen an Unternehmen zu ermöglichen, die die von diesen Gesellschaften vertriebenen Produkte fertigen. Nach weiteren offiziellen Angaben soll einigen in großen Städten ansässigen Unternehmen der Status "exportorientiert" verliehen werden. Berücksichtigen will man dabei allerdings nur jene, die ausschließlich auf die Bedürfnisse von Ausländern zugeschnittene Artikel produzieren. Außerdem sollen solchen inländischen Handelsgesellschaften die Importlizenzen aberkannt werden, die unerlaubte Geschäfte getätigt haben.

Lizenzen sollen im Import/Export-Geschäft weiterhin das wichtigste

Kontrollinstrument sein. Gegenwärtig unterliegen 43 Artikel der Einfuhrlizenzierung, verglichen mit 30 im Vorjahr. Beobachter gehen davon aus, daß künftig weitere Erzeugnisse hinzukommen werden. Schließlich strebt die Regierung eine Stabilisierung des Yuan gegenüber dem US-Dollar auf dem gegenwärtigen Niveau an.

Die China National Light Industrial Products Import and Export Corp. (CNLIPIEC) hat mit Genehmigung des Ministeriums für Außenwirtschaft und Außenhandel drei neue Importtochtergesellschaften für Papier und Zellstoff, Elektroprodukte und Servicefunktionen gegründet. Die als unabhängige juristische Personen beim Industrie- und Handelsregister in Beijing eingetragenen Gesellschaften haben am 1.1.1986 ihre Tätigkeit aufgenommen. Die drei neuen Import-Fachgesellschaften - es handelt sich um die China Paper and Pulp Import Corp., die China Household Electrical Appliances Import Corp. und die China Light Industrial Products and Technological Service Corp. - sollen das Einfuhrgeschäft unterstützen. Gleichzeitig können alle drei Gesellschaften mit Genehmigung der CNLIPIEC auch Geschäfte durchführen und Funktionen ausüben, die nicht in ihren direkt umrissenen Aufgabebereich fallen.

Der geschäftliche Rahmen der Fachgesellschaft für Papier und Zellstoff umfaßt die Einfuhr von Papier, Zellstoff und Papierprodukten. Im Auftrag der CNLIPIEC werden zudem Geschäfte in Sperrholz, Faserplatten, Baustoffen und Schreibwaren durchgeführt. Die Gesellschaft übernimmt auch Vertreterfunktionen in Namen ausländischer Firmen, z.B. den Import dieser Erzeugnisse oder die Beschaffung von Auskünften und Marktinformationen. Neben Aktivitäten auf dem Gebiet des wirtschaftlichen und technischen Austausches mit dem Ausland befaßt sich die Gesellschaft auch mit der Förderung und Einfuhr ausländischer Hochtechnologie und entsprechender maschineller Ausrüstungen und allen Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Anmeldung von Patenten.

Die übrigen Import-Fachgesellschaften haben entsprechend ihrer Ausrichtung ähnliche Aufgaben. (NfA, 8.1. und 28.1.86) -lou-

*(29)

Laufzeit für Joint Ventures verlängert

Nach einer Entscheidung des Staatsrates kann die Laufzeit von Joint Ventures von 30 Jahren auf 50 Jahre verlängert werden. Diese Re-

gelung und andere werden am 1. Februar 1986 in Kraft treten. Einigen großen Joint Ventures wird es gestattet werden, um Verlängerungen über 50 Jahre hinaus nachzusuchen. Weitere neue Vorschriften regeln die Gewinnentnahme. Allem Anschein nach ist die neue Durchführungsverordnung in erster Linie auf die sog. Zukunftsindustrien ausgerichtet. In diese Kategorie fallen Produkte, die den höchsten technologischen Entwicklungsstand und das modernste Know-how repräsentieren. Gleichzeitig sollen diese Erzeugnisse auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig sein, damit u.a. die Transferansprüche der ausländischen Joint Venture-Partner aus einer ausgeglichenen Devisenbilanz abgelöst werden können.

Auf ihrer 14. Tagung hatten die Mitglieder des Ständigen Ausschusses des 6. Nationalen Volkskongresses am 14.1. über den Entwurf des Gesetzes diskutiert. Einige Mitglieder hatten Änderungsvorschläge gemacht. Wie es auf der 14. Tagung hieß, diene das Gesetz dazu, die Bedenken der ausländischen Investoren zu beseitigen, daß sie ihre Unternehmen nach Ablauf nach bisheriger Frist nicht mehr weiter betreiben könnten. (AWSJ, 27.1.86; NfA, 14.1.86; Radio Beijing, 15.1.86, zit. nach Ostinformationen, 16.1.86) -lou-

*(30)

Gu Mu über Wirtschaftssoonderzonen

Am 5. Januar 1986 endete in Shenzhen eine Konferenz des Staatsrates über die Erfahrungen mit den 4 Wirtschaftssoonderzonen. Präsident der Konferenz war Staatskommissar Gu Mu; es nahmen die Leiter von 29 Abteilungen der zentralen Behörden und des Staatsrates, der 2 Provinzen Guangdong und Fujian und der 4 Wirtschaftssoonderzonen teil.

Die Konferenz war der Ansicht, daß die 4 Wirtschaftssoonderzonen einen sehr großen Erfolg erzielt hätten. Insbesondere sei die Wirtschaftssoonderzone Shenzhen, die ursprünglich eine kleine Grenzstadt war, zu einer Zone geworden, die nun ein gutes Investitionsklima und eine gewisse industrielle Fundierung habe. Diese Zone steht im Zentrum der Aufmerksamkeit sowohl des Inlandes als auch des Auslandes. Sie hat zur Reform und zur Öffnung des Landes beigetragen. Die Konferenz definierte auch die Hauptaufgaben der Wirtschaftssoonderzonen für eine bestimmte Zeit: Perfektionierung und Komplettierung der grundlegenden Fazilitäten, mit denen bereits begonnen worden ist, und Betonung der Schwachstellen, wie z.B. Elektrizität, Telekommunikation, Kommunikations- und Transportwesen. Darüber hinaus sei es wichtig, beson-

dere Aufmerksamkeit darauf zu legen, die Wirtschaftsgesetze auf eine gesunde Basis zu stellen, die Arbeitseffizienz zu verstärken, das Investitionsklima zu verbessern und die sozialen Produktionskräfte mit den exportorientierten Industrien im Zentrum zu entwickeln.

In einem Interview mit der Hongkonger Zeitung Da Gong Bao äußerte sich Gu Mu speziell zur Währung der Wirtschaftssonderzonen, aber auch zu anderen Angelegenheiten. Zu den gegenwärtig zu beachtenden Problemen gehören die folgenden: Eine Spezialwährung für die Wirtschaftszonen wird nicht nur innerhalb des Bereichs dieser Zonen zirkulieren; die Währungsfrage aller offenen Küstenstädte sollte ebenso gelöst werden; es sollte eine Lösung hinsichtlich des Planungsmangels bei der chinesischen Währungsreform gefunden werden.

Des weiteren teilte Gu Mu mit, daß die betreffenden Abteilungen der Zentralbehörden bemerkt hätten, daß es einige Gegensätze bei den Exporten zwischen dem Land und den Unternehmen im alleinigen Besitz von Ausländern oder den Joint Ventures gebe. In der Zukunft wird es jenen Abteilungen, die die Exportlizenzen prüfen und genehmigen, erlaubt sein, Büros in den Wirtschaftssonderzonen zu errichten. Die Formalitäten werden soweit wie möglich vereinfacht werden, um die Dinge für die Ausländer einfacher zu machen. Andererseits sollten die entsprechenden Abteilungen den genannten Unternehmen besondere Aufmerksamkeit bei der Erteilung von Exportlizenzen gewähren und nicht den normalen Export ihrer Produkte blockieren.

Hinsichtlich des Problems, daß neben einer Einkommenssteuer von 15% den ausländischen Unternehmen Gebühren auferlegt würden, die die Vorzugsstellung der Wirtschaftssonderzonen wieder wettmachten und den Enthusiasmus der Ausländer dämpften, antwortete Gu Mu, daß die betroffenen Abteilungen diese Situation zur Kenntnis genommen und damit begonnen hätten, Lösungen auszuarbeiten.

Bezüglich der Verwaltungsgrenze für die Wirtschaftssonderzone fügte der Staatskommissar hinzu, daß mit dieser Lösung vor einem Jahr auf Versuchsbasis begonnen worden sei. Die Erfahrungen seien positiv und hätten viele Versuche zutage gebracht, zollfreie Güter aus den Wirtschaftssonderzonen hinauszuschmuggeln. Dennoch sei gegenwärtig die Situation noch nicht reif, offiziell die Verwaltungsgrenze für die Zonen einzuführen. Man hoffe, daß Shenzhen die Bedingungen sobald wie möglich verbessern und die spezielle Ver-

waltungsgrenzenregelung offiziell anwenden wird, um das Investitionsklima und die Kontrolle über die Transporte zwischen der Zone und den anderen Wirtschaftszonen zu verstärken. Als positiv wird die Verwaltungsgrenze für die Landsleute in Hongkong und Macau und andere Menschen aus dem Ausland angesehen, die nach Shenzhen gehen. (Radio Guangzhou, 6.1.86, zit. nach SWB, 9.1.86; DGB, 7.1.86, zit. nach SWB, 10.1.86) -lou-

*(31)

Gesetzentwurf über ausländische Investitionen erlassen

Der Gesetzentwurf über Unternehmen, die von ausländischen Firmen finanziert werden, wurde am 13.1.1986 dem Ständigen Komitee der 14. Tagung des Nationalen Volkskongresses zur Prüfung und Diskussion zugeleitet. Premierminister Zhao Ziyang sagte, das Ziel dieses Gesetzes bestehe darin, die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und den technologischen Austausch zu erweitern, ausländische Investoren zu ermutigen, Unternehmen in China zu betreiben und ihre legitimen Rechte und Interessen zu schützen.

Zheng Tuobin, der Minister für Außenwirtschaftliche Beziehungen und Außenhandel, erklärte den Gesetzentwurf. Der Entwurf umfaßt jene Betriebe, die in der Volksrepublik durch ausländische Unternehmen errichtet werden, andere wirtschaftliche Organisationen oder Unternehmen, die sich im alleinigen Besitz von ausländischen Investoren befinden. Der Gesetzentwurf schreibt vor, daß die Unternehmen, die sich im alleinigen Besitz von Ausländern befinden, der Entwicklung der chinesischen Volkswirtschaft nützen müssen. Sie müssen fortgeschrittene Technologie und Ausrüstungen haben oder ihre Produkte müssen insgesamt oder hauptsächlich für den Export bestimmt sein.

Der Gesetzentwurf besagt, daß die Gesetze der Volksrepublik die Investitionen von Ausländern in China, ihre Gewinne und andere legitime Rechte und Interessen schützen. Nach Erfüllung der Verpflichtungen, die in den Gesetzen vorgesehen sind, können die Unternehmen im alleinigen Besitz von Ausländern den Gewinn und andere legitime Einkommen und Fonds ins Ausland transferieren. Die Errichtung solcher Unternehmen muß von den zuständigen Behörden oder anderen Organen, die speziell vom Staatsrat dazu beauftragt worden sind, geprüft und genehmigt werden. Diese Abteilungen müssen Anträge innerhalb von 90 Tagen bearbeiten.

Zheng teilte mit, daß für die Unter-

nehmen, die mit ausländischen Investitionen in der Volksrepublik betrieben werden, ein zeitlicher Rahmen festgesetzt werden wird, und zwar in detaillierten Regeln zur Ausführung des Gesetzes.

Zheng teilte ferner mit, daß die Volksrepublik ausländische Investitionen hauptsächlich in drei Arten nutzt: Joint Ventures, die mit chinesischen und ausländischen Investitionen betrieben werden, kooperative Unternehmen, die gemeinsam von chinesischen und ausländischen Firmen geführt werden, und Unternehmen, die im alleinigen Besitz von ausländischen Firmen sind.

Zheng zufolge gab es im September 1985 insgesamt 1.881 Joint Ventures, 3.408 kooperative Unternehmen und 104 Unternehmen im alleinigen Besitz von Ausländern. (XNA, 14.1.86) -lou-

*(32)

Internationale Ausstellung der Rüstungsindustrie in Beijing

Am 27.1.1986 wurde in Beijing zum ersten Mal in der Volksrepublik eine internationale Industrieausstellung für Rüstungsgüter eröffnet. Sie soll nach offiziellen Angaben zur Modernisierung der Streitkräfte des Landes beitragen. Zu den westlichen Ausstellern moderner Technik gehören aus der Bundesrepublik Deutschland 6 Firmen, darunter Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) und der Frankfurter Elektrokonzern AEG.

Aus westdeutschen Industriekreisen verlautet dazu, daß in Beijing selbstverständlich keine Systeme zur Schau gestellt werden, die den COCOM-Beschränkungen der NATO für die Ausfuhr strategisch wichtiger Rüstungsgüter in kommunistische Staaten unterliegen. In China sollten keinerlei Hoffnungen geweckt werden, die später nicht erfüllt werden könnten. Die Exponate in Beijing reichen von einem Schulflugzeug aus Polen bis zu einem Schützenpanzer aus Schweden sowie Modellen und Bildern von Panzern, Raketen, Geschützen, Flugzeugen und Hubschraubern internationaler Unternehmen der Rüstungsindustrie. Mehr als 150 Einzelaussteller aus 15 Staaten oder Regionen einschließlich des gastgebenden Landes waren vertreten.

Andrew Kay, der Direktor der Firma China Promotion, die die Ausstellung organisierte, teilte mit, daß die chinesischen Ministerien und Fachbehörden Tausende von Einzelartikeln benannt hätten, die sie als Exponate zu sehen wünschten. Den Gesamtwert von Chinas eigenen Rüstungsexporten schätzt Kay für das Jahr 1984 auf mindestens 1,6 Mrd.

US\$. Kay zufolge waren von der Teilnahme an der Ausstellung die Länder Südkorea, Südafrika und Israel ausgeschlossen, mit denen die Volksrepublik keine diplomatischen Beziehungen unterhält. Japanische Unternehmen hätten sich in Anbetracht des heiklen Charakters, den das Thema militärische Verteidigung in Japan hat, gar nicht erst um eine Beteiligung an der Schau bemüht.

China ist nach Angaben westlicher Experten auf dem Wege weitreichender Veränderungen, um das technische Gerät und die Ausbildung seiner Streitkräfte zu modernisieren. In deutschen Expertenkreisen verweist man darauf, daß Industrieausstellungen für Rüstungsgüter in Chinas nichtkommunistischen Nachbarstaaten Südostasiens durchaus an der Tagesordnung und deshalb gar nicht ungewöhnlich seien. (Ost-Informationen, 28.1.86) -lou-

* (33)

Chinas Walzstahlimporte lizenzpflichtig

Alle chinesischen Einfuhren von Walzstahlprodukten unterliegen mit Wirkung vom 1.1.1986 der Lizenzierungspflicht. Vom gleichen Zeitpunkt an ist es nach einer Verordnung des Ministeriums für außenwirtschaftliche Beziehungen und Außenhandel allen Außenhandelsorganisationen, mit Ausnahme der China National Metals and Minerals Import and Export Corp. (Minmetals), untersagt, ohne Genehmigung durch das Ministerium Auslandsaufträge für Walzstahl zu vergeben.

Grundsätzlich sind alle chinesischen Provinzen und Einheiten, die Walzstahleinfuhren planen, zur vorherigen Beantragung der entsprechenden Importlizenzen über Minmetals beim Ministerium für außenwirtschaftliche Beziehungen verpflichtet. Auf diese Weise soll die Minmetals in die Lage versetzt werden, die vorliegenden Aufträge nach einem einheitlichen Verfahren bei ausländischen Lieferanten zu vergeben. Die eintreffenden Lieferungen sollen nach Prüfung und Genehmigung durch die Zollbehörden in Übereinstimmung mit den vorliegenden Importlizenzen und sonstigen Dokumenten freigegeben werden. Die Einführung der Lizenzpflicht dient dazu, das Importmanagement zu straffen. Ausgenommen von den Bestimmungen sind die Wirtschaftssonderzonen Shenzhen und Zhuhai, soweit der importierte Walzstahl für den Eigenbedarf bestimmt ist und in den direkt unter den Zonenverwaltungen stehenden Häfen gelöscht wird. Die Wirtschaftssonderzonen Shantou und Xiamen sind dagegen angewiesen,

Transportquoten entsprechend ihrem effektiven Bedarf zu beantragen.

Befreit von der Importlizenzaufgabe sind genehmigte Veredelungsbetriebe, die Einfuhrmaterial verarbeiten und deren Walzstahleinfuhr zu 100% für die Exportproduktion bestimmt ist. Diejenigen Unternehmen, die auf dem Ausschreibungsweg auslandsfinanzierte komplette Aggregate importieren, können mit staatlicher Genehmigung vor Lizenzerteilung mit ausländischen Lieferanten Verträge über Walzstahlimporte abschließen. (NFA, 30.1.86) -lou-

* (34)

Chevron schließt Explorationsvertrag ab

Ende Dezember 1985 schloß die Chevron Overseas Petroleum Ltd. einen Vertrag mit der China National Offshore Oil Corporation (CNOOC) über Öl- und Gasexplorationen im Südchinesischen Meer ab. Chevron erhält auf diese Weise 33,33% Anteile an zehn Blöcken im Kontraktgebiet 16-04 im Mündungsgebiete des Perlfusses. Die Blöcke liegen ca. 272 km südöstlich von Guangzhou und umfassen ein Gebiet von 320.000 ha.

An dem Gebiet sind zu je 33,33% beteiligt die Texaco Petroleum Maatschaap B.V., eine Tochtergesellschaft der Texaco Inc. aus den USA, und Agip Overseas Ltd., eine Filiale von Agip S.p.A. aus Italien.

Sollten kommerziell verwertbare Funde gemacht werden, so hat nach Angaben von Chevron die CNOOC das Recht, 51% der Interessen in dem Entwicklungsgebiet zu übernehmen. Nach weiteren seismischen Untersuchungen werden die Explorationsbohrungen in dem Gebiet beginnen. (AWSJ, 24.12.85) -lou-

* (35)

Auslandsbeziehungen der autonomen Region Ningxia

Die im Norden der Volksrepublik gelegene autonome Region Ningxia nahm 1985 31,53 Mio.US\$ aus Exportgeschäften ein. Allein die hochqualitative Taixi-Kohle brachte 15,7 Mio.US\$ ein, teilte der Direktor des Amtes für Außenwirtschaft und -handel der Autonomen Region mit. Die Taixi-Kohle hat nur geringfügige Beimengungen und wird vorwiegend exportiert. Die Exporte des Jahres 1985 waren 5,2 mal so hoch wie jene des Jahres 1980.

Während des 7.Fünffjahresplanes (1986-1990) wird die Region, die reich an Kohle und sonstigen Mineralien ist, den Wert ihrer Importe und Exporte um 40-50% gegenüber

dem Niveau von 1985 steigern. 70 Mio.US\$ sollen aus Exporten kommen, 270 Mio.US\$ werden an ausländischen Investitionen eingesetzt und 100 Mio.US\$ werden aus Dienstleistungen und Auslandsverträgen stammen.

Da ein Drittel der 4 Millionen Einwohner der Region zur moslemischen Minorität der Hui gehören, richtet die Region ihre besondere Aufmerksamkeit auf Exporte in die moslemischen Länder des Mittleren Ostens. Unter den Exportgütern sind Schafe, Reis, Gemüse, Früchte, Teppiche, Textilien und Baumaterialien.

Seit Juli 1983 wurde die Region für ausländische Besucher geöffnet, der Tourismus florierte, wie der Chef des Regionalen Tourismusamtes mitteilte. Ningxia hat Yinchuan, Yinnan und Shapotou zu Touristengebieten entwickelt, in denen es über 20 Orte gibt, in denen Besucher die historische Kultur und die Gebräuche der Hui-Minorität studieren können. 1985 registrierte das Regionale Tourismusamt 1.270 Besucher aus über 30 Ländern. Die Region öffnet sich vor allem für arabische Länder, die Investitionen und fortgeschrittene Technologie bereitstellen sollen. Die Höhe der Auslandsinvestitionen beträgt bislang 70 Mio.US\$.

Ningxia war lange für die Außenwelt abgeschlossen. Seit 1985 entsandten das Parteikomitee und die Regierung der Region eine Anzahl von Delegationen in das Ausland. Eine moslemische Goodwill-Delegation aus Ningxia, unter Leitung von Hei Boli, dem Vorsitzenden der Regierung der Region, besuchte zwischen April und Mai 1985 fünf arabische Länder des Mittleren Ostens. Im Dezember 1985 fand in Ningxia eine Konferenz über moslemische internationale Wirtschafts- und technologische Kooperation statt. (XNA, 8.1. und 17.1.86; Xinhua, 7.1.86, zit.nach SWB, 10.1.86) -lou-

* (36)

Gute Auftragslage der Schiffbauindustrie

Nach Angaben eines Funktionärs der China State Shipbuilding Corp. konnte die Volksrepublik 1985 insgesamt Aufträge im Umfang von 200.000 BRT hereinholen. Der größte Einzelauftrag war ein Öltanker für Norwegen mit einem Fassungsvermögen von 115.000 BRT. Ein anderer Auftrag sieht die Lieferung eines 64.000 BRT-Massengutfrachters vor. Zum ersten Male bestellten 1985 die Länder Australien, Tschechoslowakei und Papua Neuguinea Schiffe in der Volksrepublik. Seit 1980 hat die Volksrepublik insgesamt Schiffe mit einem Volumen von 1,2 Mio.BRT für das Ausland produziert.

Die Volksrepublik sei nun in der Lage, so hieß es, Schiffe nach dem internationalen Standard und für alle Navigationsbedingungen zu bauen. (XNA, 6.1.86) -lou-

*(37)

China wird seine Trägerraketen meistbietenden internationalen Benutzern zur Verfügung stellen

Am 26. Oktober erklärte der Minister für Raumfahrtindustrie, Li Xue, daß China seine Trägerraketen vom Typ Changzheng (Langer Marsch) 2 und "Langer Marsch 3" auf dem Weltmarkt für Weltraumtransportzwecke vermieten werde. China verfüge inzwischen mit seinem Zentrum in Jiuquan über moderne Einrichtungen für den Start von Satelliten mit erdnahe Umlaufbahn und mit seinem Zentrum in Xichang über Einrichtungen für den Start von Satelliten mit geostationärer Umlaufbahn.

Ausländische Satelliten würden zu "Vorzugspreisen" in den Weltraum transportiert. Ferner sei China bereit, ausländische Techniker auszubilden (XNA, 26.10.85).

Im September 1985 haben Frankreich und China eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Weltraumforschung vereinbart. Mit Frankreich und der Bundesrepublik hat China auch bereits ein gemeinsames

Satellitenforschungsprogramm durchgeführt. Ursprünglich wollte China 1985 zwei Satelliten im westlichen Ausland kaufen, wobei Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB), Matra (Frankreich) und RCA (USA) im Wettbewerb standen. Im Oktober erklärte China jedoch seinen Verzicht auf diesen Kauf, der einen Marktwert von 200 bis 300 Mio. US\$ gehabt hatte. Ursächlich dafür war offensichtlich die Devisenknappheit des Landes. Die Reserven Chinas waren von Oktober 1984 bis März 1985 von 16,3 auf 10,8 Mrd. US\$ gesunken. Des Weiteren hatten sich die Chinesen in der Zwischenzeit möglicherweise entschlossen, die benötigten Satelliten selbst zu bauen. Die Käufe im Ausland werden vermutlich auf Zulieferteile beschränkt. Außerdem will man sich offensichtlich lieber die Hühner als die Eier holen, d.h., sich auf Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern im Satellitenbereich beschränken, aber von dort keine fertigen - und teuren - Produkte beziehen.

Im Oktober fand das erste in China organisierte Symposium über Weltraumtechnologien statt, das zusammen mit der UNO veranstaltet wurde und an dem Experten aus 22 Staaten, u.a. auch aus den beiden deutschen Staaten, teilnahmen. Kooperationsverträge im Raumfahrtbereich hat China bisher mit der Bun-

desrepublik, Frankreich, Italien und Großbritannien geschlossen. -we-

WIRTSCHAFT

*

*

*(38)

Defizit im Staatshaushalt wahrscheinlich beseitigt

Nach Angaben des Finanzministeriums wird das im Budget für 1985 vorgesehene Defizit wahrscheinlich aufgrund der gestiegenen Einnahmen nicht mehr auftreten. In den ersten 11 Monaten des Jahres 1985 betragen die Staatseinnahmen insgesamt 168,5 Mrd. Yuan, das waren 34,8% mehr als in der Vergleichsperiode des Jahres 1984. Im Budget für 1985 war für die gesamten Staatseinnahmen einschließlich der Auslandsanleihen ein Betrag von 153,5 Mrd. Yuan vorgesehen.

Die gestiegenen Einnahmen haben, so das Finanzministerium, die Regierung in die Lage versetzt, mehr für die Verbesserung und Entwicklung der Energieressourcen, des Transportwesens, der Kultur, der Erziehung, der Wissenschaft und des öffentlichen Gesundheitswesens auszugeben. Die Finanzmittel der staatlichen Unternehmen stiegen an, da diesen mehr Entscheidungsbefugnisse gegeben worden sind. Diese Unternehmen behielten 1984 ca. 35 Mrd. Yuan aus ihren Gewinnen ein, das war 12,7mal soviel wie im Jahre 1978.

Trotz der guten Einnahmeergebnisse bekräftigte das Finanzministerium, daß gravierende Probleme weiterhin bestehen, wie z.B. die hohen staatlichen Subventionen und Schwierigkeiten bei der Zusammenfassung der lokalen Fonds zu Schlüsselentwicklungsprojekten. (XNA, 2.1.86) -lou-

*(39)

Staatsanleihen in Höhe von 6 Mrd. Yuan aufgelegt

Wie im Jahre 1985 beschloß der Staatsrat, auch im Jahre 1986 Staatsanleihen in Höhe von 6 Mrd. Yuan aufzulegen. Die Laufzeit dieser Anlage beträgt 5 Jahre. Private, die ca. 4 Mrd. Yuan zeichnen wollen, erhalten 10% Zinsen pro Jahr. Lokale Regierungen und staatseigene sowie Kollektivunternehmen, die 6% Zinsen erhalten, sollen die restlichen 2 Mrd. Yuan zeichnen. Die Papiere sind gestückt in Nennwerten von 5, 10, 50 und 100 Yuan. Die Zeichnungsfrist für Private endet am 30. September 1986, während Regierungen und Unternehmen bereits bis zum 30. Juni 1986 zeichnen müssen. Die Zinsen werden jeweils am 1. Juli gezahlt.

Die erste Staatsanleihe wurde im Jahr 1981 begeben. Die auf diese Weise aufgebrachten Mittel sollen in das Energie- und Transportwesen sowie in andere wichtige Entwicklungsprojekte gehen. (XNA, 4.1.86) -lou-

*(40)

Xue Muqiao erklärt und verteidigt Preiserhöhungen

Am 16. Dezember 1985 erschien in der Volkszeitung ein Artikel von Xue Muqiao über Preisveränderungen und den Lebensstandard während der letzten sechs Jahre. Es folgen wichtige Passagen aus diesem Artikel:

Von 1978 bis 1984 gab es bemerkenswerte Veränderungen bei den Warenpreisen und beim Lebensstandard. Auf der einen Seite stiegen die Warenpreise beträchtlich, und auf der anderen Seite verbesserte sich der Lebensstandard des Volkes.

Oberflächlich betrachtet stehen diese beiden Veränderungen in Konflikt miteinander. Lange Zeit haben wir die Idee vertreten, daß die Stabilisierung der Preise ein fundamentales Prinzip der Partei sei und daß stabile Güterpreise eine notwendige Garantie für die Stabilität des Lebensstandards seien. Die Propagierung dieser Prinzipien hat solche tiefe Wurzeln in den Herzen unserer Menschen getrieben, daß jeder Preisanstieg der Güter Besorgnisse erregen kann, weil die Menschen denken, daß jeder Preisanstieg sicherlich ihren Lebensstandard senken wird ...

Immer und immer wieder habe ich gesagt, daß die Verbesserung des Lebensstandards prinzipiell nicht nur durch die Stabilität der Güterpreise bestimmt wird, sondern durch die Entwicklungsgeschwindigkeit der Produktion. Von 1952 bis 1978 wurde in unserem Lande immer wieder die Stabilisierung der Güterpreise betont. Die Preise der landwirtschaftlichen Produkte wurden immer wieder erhöht, doch das Ausmaß der Erhöhungen war so gering, daß damit nicht der Anstieg der Kosten der landwirtschaftlichen Produktion wettgemacht werden konnte (Da die landwirtschaftliche Produktion durch natürliche Bedingungen eingeschränkt wird, sind die Kosten um so höher, je größer die Produktion ist.). Dies minderte die Initiative der Bauern bei der Entwicklung ihrer Produktion ...

In den späten 1950er Jahren gab es nicht nur eine Getreideknappheit, sondern auch ein zunehmend erster Mangel an Zusatznahrungsmitteln. Deshalb wurde die Methode der Festsetzung von Ankaufquoten für